

GRÜNE ZEITEN

ZEITSCHRIFT FÜR GRÜNE POLITIK IN NIEDERSACHSEN



Das Schwarz/Gelbe Alphabet

Greener and greater
Frauenpolitische Veranstaltung





Schwarz/Gelbes Alphabet

Am 27. Januar 2008 können die Niedersachsen Wulff, Sander und Co endlich abwählen. Auf den folgenden Seiten führen wir von A bis Z die größten Fehlleistungen der CDU/FDP Landesregierung in einem „Schwarz/Gelben Alphabet“ auf. Mehr Infos zu den einzelnen Stichworten unter www.gruene-niedersachsen.de.



haben, musste die Landesregierung die Abschaffung wieder rückgängig machen.

A

A 22, A 39 ... – Sinnbilder für die rückwärtsge wandte Fixierung von CDU und FDP auf den Neubau von Autobahnen. Während die vorhandenen Landesstraßen weniger als die Hälfte der benötigten Instandhaltungsmittel erhalten, plant die Landesregierung weiter unsinnige milliardenteure neue Autobahntrassen durch Landschaftschutzgebiete und Flussauen.



C

Chinareise – Nach einem sehr touristischen Programm einer Chinareise beschimpfte der Landtagspräsident die Landespresse. Später musste er auch noch zugeben, über einen Teil des Programms die Unwahrheit gesagt zu haben: Die angeblich offenen Gespräche mit chinesischen Studenten waren nämlich alles andere als frei.

CO₂ – Der CO₂-Ausstoß ist viel zu hoch. Das weiß inzwischen jeder. Nur handeln tut die Landesregierung nicht. Im Gegenteil: Sie macht nichts gegen die Planung neuer Kohlekraftwerke in Niedersachsen, sie blockiert bei der zukunftsweisenden Kraft-Wärme-Kopplung, sie unterstützt die Reduzierung des Öffentlichen Nahverkehrs in Niedersachsen und EU-Gelder für den Ausbau von Erneuerbaren Energien nimmt sie nicht in Anspruch.



Abschiebeminister Schünemann – Der Innenminister ist durch seine gnadenlose Abschiebep Praxis bekannt geworden. Sogar Menschen aus geschlossenen psychiatrischen Abteilungen und Schwangere lässt Schünemann abschieben, wie im Fall Nguya mit Todesfolge für Mutter und Kind im Kongo. Der Versuch, durch rigorose Abschiebungen im Vorfeld die Zahl der Bleibeberechtigten zu reduzieren, ist ein schändlicher Versuch die Bleiberechtsregelung zu konterkarieren. Der von den GRÜNEN geforderte Abschiebestopp wurde von der Landesregierung abgelehnt.

Atomkraft – Der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff macht sich für den Wiedereinstieg in die Atomkraft stark. Sein Umweltminister Sander wirbt sogar öffentlich mit einem T-Shirt für die „kerngesund“ Atomkraft. Damit vergrößert die Landesregierung nicht nur die Risiken durch die Atomkraft und die ungelöste Endlagerfrage, sie ignoriert auch den Willen der Mehrheit der Bevölkerung und verhindert einen zukunftsweisenden Umbau der Energiewirtschaft hin zu Erneuerbaren Energien.

B

Beitragsfreies Kita-Jahr – Für das angekündigte kostenfreie Kita-Jahr hat die Landesregierung kein Konzept. Wie sollen die dauerhaften Ausgaben finanziert werden und welche Betreuungsquantität und -qualität soll damit abgegolten sein? Bisher gibt es von Seiten der Landesregierung darauf keine Antworten. Außerdem werden die Kosten für das Mittagessen nicht übernommen. Und in Ganztagsgruppen können auch künftig Elternbeiträge erhoben werden, wenn die Finanzhilfe des Landes nicht reicht.

Blindengeld – Hier hat die Landesregierung ihr wahres Gesicht gezeigt. Nach einer 20-prozentigen Kürzung 2004 hatte die Landesregierung das Landesblindengeld zum Beginn des Jahres 2005 als einziges Bundesland ganz abgeschafft. Erst nach massiven Protesten und einem Volksbegehren des Landesblindendenverbandes, das auch die GRÜNEN unterstützt

D

Datenschutz – Datenschutz ist unter der schwarz-gelben Landesregierung zunehmend in den Hintergrund getreten. So wurde die Kontrolle der Datenverarbeitung für private Unternehmen in das Innenministerium zurückverlagert. Die Kontrolle des Innenministeriums musste wegen des massiven Drucks der Grünen und der SPD nach einem Jahr rückgängig gemacht werden.

Demografie – Der demografische Wandel verlangt nach vorausschauender Planung und verbesserter Zusammenarbeit. Statt praktischer Politik gibt es eine Enquete-Kommission, die mit viel Aufwand und Zeit viel Bekanntes und Selbstverständliches zu Papier bringt und zudem die Welt so beschreibt, wie es im CDU-Programm steht.

DNA-Analyse – Der genetische Fingerabdruck gehört zu den effektiven Werkzeugen der Strafverfolgung. Aber er ist hinsichtlich seiner Informationstiefe und der damit verbundenen Missbrauchsgefahr auch ein sensibles Instrument. Kein Problem für den Innenminister, der die DNA-Analyse am liebsten auf jeden Ladendieb und Demonstranten ausweiten möchte.

Dreigliedriges Schulsystem – Einen der größten Rückschritte hat die Landesregierung in der Schulpolitik vollzogen. Alle Bildungsstudien zeigen, dass ein möglichst langes



gemeinsames Lernen nicht nur gerechter ist, sondern auch bessere Leistung bringt. Die Landesregierung schafft aber als erstes die Orientierungsstufe ab, um das Dreigliedrige Schulsystem mit seiner frühzeitigen

Aussortierung der Schülerinnen und Schüler zu zementieren. Die Einrichtung neuer Gesamtschulen verhindert die Landesregierung gegen den ausdrücklichen Willen der Eltern.

E **Eigenverantwortliche Schule** – Mehr Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit für die Schulen wird von den GRÜNEN seit Jahren gefordert. Die Landesregierung ist auf dieses Konzept jetzt endlich eingegangen. Auf GRÜNEN Druck hat sie mit dem Schulvorstand auch die Beteiligung der SchülerInnen und Lehrer verbessert. Aber die Landesregierung ist halbherzig geblieben bei den pädagogischen Gestaltungsspielräumen, die sie den Schulen einräumt. Weder dürfen die Schulen ihren Unterricht in fächerübergreifenden Lernfeldern organisieren, noch dürfen sie das pädagogische Holzhammerinstrument

Sitzenbleiben durch differenzierte Förderkonzepte ersetzen.

Elbvertiefung – Die Landesregierung verweigert, eine klare Stellungnahme. Sie sagt nicht eindeutig Nein zur Elbvertiefung, sondern macht die Zustimmung von Bedingungen abhängig, über die sie erst nach der Wahl entscheiden will.

Endlager – Die Landesregierung will nicht nur zurück zur Atomkraft und damit immer mehr Atom Müll produzieren, sie ignoriert auch alle mit der Endlagerung verbunde-



nen Gefahren. Das Atommüllendlager „Asse II“ droht schon nach wenigen Jahren abzusinken, mit unabsehbaren Folgen für Umwelt und die Menschen vor Ort. Die Landesregierung will dennoch die Endlagerung von Atom Müll nach Gorleben und Schacht Konrad durchziehen.

Erneuerbare Energien – Die Landesregierung setzt voll auf veraltete Technologien. Sie will den Wiedereinstieg in die Atomkraft und setzt auf den Bau von Kohlekraftwerken. Der für den Klimaschutz dringend notwendige Ausbau Erneuerbarer Energien wird in Niedersachsen hingegen verhindert. So verkündete Wirtschaftsminister Hirche im Jahr 2002: „Die FDP will auf erneuerbare Energiequellen verzichten und setzt auf fossile Quellen und Atomkraft“. 2005 sagt Hirche zur Offshore-Windkraft: „Ich bin skeptischer denn je“.

F **Factory Outlet Center (FOC)** – Riesige Einkaufszentren baut man nicht auf der grünen Wiese, weil das unnötig Verkehr produziert und den Einzelhandel in den Innenstädten zerstört. Nur die Landesregierung nicht! Sie möchte den ländlichen Raum damit beglücken. Das Pilotprojekt will sie bei Soltau bauen lassen.

Feinstaub – Auch hier stiehlt sich der Umweltminister aus der Verantwortung. Niedersachsen ist das einzige Bundesland, das selbst nichts gegen Feinstaub unternimmt, sondern die Verantwortung ganz auf die Kommunen abwälzt, mit der Folge, dass es möglicherweise keine einheitlichen Regelungen geben wird.



FFH-Richtlinie – Es bedurfte schon eines erheblichen Drucks der EU-Kommission, bis die Landesregierung ihrer Verpflichtung nachkam und Naturschutzflächen im Rahmen der Flora-Fauna-Habitat Richtlinie gemeldet hat. Deutlich wurde an diesem Gezerre, dass die Landesregierung alles tut, um einen wirksamen Naturschutz zu verhindern.

Filmförderung – Gefördert werden in Niedersachsen noch immer zahlreiche NDR-Produktionen, die mit Filmkunst nichts zu tun haben. Auch ob Dieter Wedels „Alter Fritz“ wirklich gefördert wurde, weil der Film so toll ist oder weil Wulff ei-

ne bahnbrechende Rolle in dem Film eingenommen hat, ist eine unbeantwortete Frage.

Fitnessstest – Mit seinem Fitnessstest für Schülerinnen und Schüler hat Kultusminister Busemann eine klassische Bauchlandung hingelegt. Schon nach einem Jahr hat er den Fitnessstest sang- und klanglos wieder zurückgezogen.

Flughafen Braunschweig – Ein überdimensionierter Ausbau unter dem Deckmäntelchen eines Forschungsvorhabens. Hier werden EU-Millionen verschwendet für eine Haus-Landebahn für VW-Geschäftskunden. Das unsinnige betriebswirtschaftliche Risiko, das ein zweiter Flugplatz in Niedersachsen nahe Hannover birgt, wird noch mit öffentlichen Mitteln gefördert.

Frauenbeauftragte – Frauenpolitik findet in Niedersachsen kaum statt. Als erste „frauenpolitische Maßnahme“ hat sie die Zahl der hauptamtlich bestellten Frauenbeauftragten um 60 Prozent reduziert Tendenz: Weiter sinkend!

G **Gammelfleisch** – Viel zu lange hat es gedauert und viel zu zögerlich ist Landwirtschaftsminister Ehlen gegen die niedersächsische Fleischmafia vorgegangen. Eine frühzeitige Information der Verbraucher wurde versäumt. Nach wie vor diskreditiert die Landesregierung eine wirksame Verbraucherinformation als Bürokratie und Gefahr für die Wirtschaft.

Ganztagsbetreuung – Die Mittel der rot-grünen Bundesregierung für den Bau von Ganztagschulen hat Kultusminister Busemann genommen und über das Land verteilt – einen der größten Brocken an seine Heimatgemeinde Dörpen. Er hat sich aber geweigert, selbst eigene Mittel für das notwendige zusätzliche Personal dazuzugeben. Stattdessen hat er die niedersächsischen „Ganztagschulen light“ kreiert, die gänzlich ohne zusätzliche Personalmittel auskommen müssen.

Genmais – Für die Gentechnikenforschung verschleudert die Landesregierung 600.000 Euro Landes-



gelder. Sie unterstützt und verteidigt den Anbau von giftproduzierendem Genmais in Niedersachsen und beteiligt sich an der Aufweichung der gesetzlichen Bestimmungen zum Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft.



Schwarz/Gelbes Alphabet

Gesamtschule – Obwohl immer mehr Eltern ihr Kind auf eine Gesamtschule schicken wollen, hat die Landesregierung die Neugründung von Gesamtschulen verboten. Während immer mehr – auch CDU-regierte – Länder zumindest die Haupt- und Realschule zusammenlegen, führt Niedersachsen wieder eine getrennte Haupt- und Realschullehrerausbildung ein.

Gorleben – 30 Jahre ist es nun her, dass die damalige Albrecht-Regierung aus Gorleben ein nukleares Endsorgungszentrum machen wollte.



Unter rot/grün gab es einen Erkundungsstopp in Gorleben. Die Wulff-Regierung will nun im Wendland weiter bohren und weigert sich, ein bundesweit vergleichendes systematisches Verfahren in der Endlagersuche zu unterstützen.

H **Härtefallkommission** – Gegen den Widerstand der Landesregierung haben die GRÜNEN eine Härtefallkommission durchgesetzt. Die Landesregierung hat sie aber unterwandert. Sie arbeitet ineffektiv und hat erst einen einzigen Fall anerkannt.

Hauptschule – Mit der Abschaffung der Orientierungsstufe hat die Landesregierung einen regelrechten Run weg von der Hauptschule ausgelöst. Nachdem 2002 noch 25,4 Prozent der Schülerinnen und Schüler an einer Hauptschule angemeldet wurden, waren es 2006 noch 14,7 Prozent. Immer weniger Eltern sind bereit, ihr Kind in eine Bildungsackgasse des dreigegliederten Schulsystems abschieben zu lassen.

Hilfssheriffs – Von anfangs von Schüemann behaupteten 52 Interessenten blieben bloß 14 Städte und Gemeinden, die das Steckenpferd des Innenministers umsetzen. Ein Desaster für einen Innenminister, der den BürgerInnen „ein subjektives Sicherheitsgefühl“ geben will. Das Projekt verdient den Titel „wackelnde Notrufsäulen“, denn die meisten Kommunen sind schlauer als der Minister und haben erkannt, dass der Schutz der öffentlichen Sicherheit in Niedersachsen nicht mit freiwilligen „Streifengängern“ zu wahren ist.

Hochschuloptimierungskonzept (HOK) – Die schwarz/gelbe Hochschulpolitik war von Anfang an unter der Knu-

te des Finanzministers nicht dem Ausbau, sondern dem Rückbau verpflichtet. Am Anfang dieser Landesregierung stand die Reduzierung der Mittel für den Hochschuletat im Rahmen des Hochschuloptimierungskonzepts. Kürzungen von 50 Millionen Euro hatten die ohnehin unterfinanzierten Hochschulen zu verkraften.

Hotline – Auch wenn sich der Ministerpräsident pressewirksam selbst an irgendwelche Telefonhotlines für Ausbildungsplätze setzt, gebracht hat es nichts. Der Bildungsbericht 2006 der Bundesregierung belegt, dass in keinem anderen Bundesland die Aussicht auf einen Ausbildungsplatz im dualen System so schlecht ist, wie für die Schulabgänger in Niedersachsen.

I **Informationsfreiheit** – Niedersachsen bleibt weiter Informationswüste. Das von den GRÜNEN eingebrachte Informationsfreiheitsgesetz, das den Bürgern Zugang zu Wissen und Informationen der staatlichen Verwaltungen gewährleisten soll, wurde von der schwarz-gelben Koalition abgelehnt. Die Landesregierung will kein moderner Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger sein und hat offenbar Angst vor kritischen und mitdenkenden Menschen.

Integration in der Schule – Wird von der Landesregierung nicht mehr ernsthaft angestrebt. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die auf eine Förderschule (früher Sonderschule) geschickt worden, ist seit 2003 in Niedersachsen kontinuierlich gestiegen.

J **Jade-Weser-Port** – Der Bau des Tiefwasserhafens in Wilhelmshaven ist eines der wichtigsten Projekte in Niedersachsen. Das Missmanagement von Jade-Weser-Port-Realisierungsgesellschaft (JWP-R) und niedersächsischem Wirtschaftsministerium bei der noch laufenden Ausschreibung haben ein Ausmaß angenommen, das nicht zu verantworten ist. Es steht zu befürchten, dass diese auch so wirtschaftsfreundliche Landesregierung auch dieses Projekt gegen die Spundwand fährt.

Justizreform – „Wenn du entdeckst, dass du ein totes Pferd reitest, dann steig ab“, lautet eine Weisheit der Dakotaindianer, welche auch der Ministerpräsident gerne zitiert. Die mit viel Gewese von der Justizministerin angekündigte große Justizreform ist mausetot: bitte absatteln Frau Ministerin.

K **Käfighaltung** – Die Landesregierung verhindert konsequenten Tierschutz in den Großställen der niedersächsischen Eierbarone. Sie ist hauptverantwortlich dafür, dass das Käfigverbot von Renate Künast wieder rückgängig gemacht wurde.

Kettensägenmassaker – Das hat die Welt noch nicht gesehen: Ein Umweltminister, der zu einem Pressetermin lädt, um



aller Welt zu zeigen, wie er eigenhändig mit einer Kettensäge Weiden im Naturschutzgebiet umsägt. Mit dieser Aktion hat der niedersächsische Umweltminister Sander nicht nur gezeigt, was er von Naturschutz hält, sondern sich auch noch eine Menge Ärger mit der EU eingehandelt.

zeigt, was er von Naturschutz hält, sondern sich auch noch eine Menge Ärger mit der EU eingehandelt.

Killerspiele – Der niedersächsische Innenminister hat ein Verbot von sogenannten PC-Killerspielen gefordert. Von Experten und Praktikern wird einhellig bezweifelt, dass ein Verbot etwas bringt. Viel wirksamer wäre eine vernünftige Medienpädagogik. Computerspiele werden immer dann verantwortlich gemacht, wenn die Bildungs- und Jugendpolitik versagt hat und es zu schrecklichen Verbrechen kommt.

Kinderarmut – In Niedersachsen ist die Zahl der Kinder unter 15 Jahren, die von Sozialleistungen abhängig sind, von 2005 auf 2006 um gut zehn Prozent gestiegen. Die Schere zwischen Arm und Reich geht hier immer weiter auseinander. Vor diesem Hintergrund lehnt die Landesregierung einen regelmäßigen Armuts- und Reichtumsbericht ab. Ein Programm zur Stützung von Kindern und SchülerInnen einkommensschwacher Eltern, zum Beispiel bei Schulmahlzeiten oder Lernmitteleinkäufen, gibt es nicht.

Kirchenasyl – Kirchenasyl: ist oft die letzte Rettung vor der Abschiebung. Die Kirche muss Flüchtlinge vor einer Partei mit einem C im Namen schützen – Armes Niedersachsen!

KiTa – Niedersachsen gehört noch immer zu den Schlusslichtern in Deutschland, was die Versorgung mit



Krippenplätzen und Ganztagskindergartenplätzen betrifft. Eine Anhebung der ErzieherInnenausbildung auf Fachhochschulniveau und die Einführung eines Qualitätsmanagements für die Kitas wird von der Landesregierung abgelehnt.

Klimaschutz – Ist weltweit zu dem zentralen Thema geworden. Weltweit? Nein! In Niedersachsen weigert sich die Landesregierung beharrlich wirksame Schritte zum Klimaschutz zu gehen.

Küstenschutz – Der Meeresspiegel steigt, das ist unbestritten. Niedersachsens Küsten müssen auf diesem Anstieg ausreichend vorbereitet werden. Die Landesregierung macht das Gegenteil. Einen weiteren Ausbau der Flüsse verhindert sie nicht konsequent und für den neuen Generalplan



Küstenschutz legt sie entgegen aller Erkenntnisse lediglich einen Meeresspiegelanstieg von 25 cm zu Grunde, anstatt die Deiche um mindestens 80 cm zu erhöhen.

L **Ladenöffnungszeiten** – Nach langem Hin und Her und einer Feilscherei zwischen den Christdemokratischen Sonntagsbewahrern und den neoliberalen Powershoppern gibt die Landesregierung den Ladenschluss zu Lasten der Beschäftigten und der kleinen Geschäfte preis.

Landeskrankenhäuser – Im Sommer 2005 beschloss die Landesregierung alle Landeskrankenhäuser zu verkaufen, um Haushaltslöcher zu stopfen. Das Verkaufsverfahren war nicht transparent und beschäftigt inzwischen Gerichte. Die Landesregierung überließ das Verfahren den beauftragten Gutachtern, denen im Verfahren gravierende Fehler unterliefen.

M **Maut-Flüchtling Hirche** – Obwohl nach Einführung der Autobahn-Maut eine deutliche Zunahme des LKW-Verkehrs auf Bundesstraßen nachgewiesen ist, setzt Verkehrsminister Hirche statt auf Ausweitung der Mautpflicht auf die betroffenen Bundesstraßen, lieber auf

ein Verbotsschild. Eingesetzt wird das Schild viel zu selten.

Mediengesetz – Durch die Änderung des Mediengesetzes wollte Schwarz/Gelb vor allem der Opposition schaden und hat einen weiteren Verfassungsbruch in dieser Legislatur begangen. Der Niedersächsische Staatsgerichtshof hat festgestellt, dass die mit dem CDU-FDP-Mediengesetz geplante Attacke auf die Medienbeteiligung der SPD mit der Niedersächsischen Verfassung und dem Grundgesetz unvereinbar ist.

Monster-LKW/Gigaliner – Verkehrsminister Hirche lässt überlange LKW über Niedersachsens Straßen rollen, angeblich um den steigenden Güterverkehr in den Griff zu bekommen. Innovative Verkehrspolitik sieht anders aus! Verkehrsexperten befürchten durch die Monster-LKW eine Rückverlagerung von bis zu 1,3 Millionen LKW-Fahrten von der Schiene auf die Straße und einen exponentiellen Anstieg der Schäden für die Straßen.

N **Nazis** – Im Kreis Helmstedt lässt die CDU mit der Stimme eines NPD Mannes den Haushalt verabschieden, in Herzberg behindert der CDU Bürgermeister die Dreharbeiten des NDR während eines NPD Parteitages, der CDU-Kommunalpolitiker



Bregulla bezeichnet im Beisein eines CDU Landtagsabgeordneten „Ausländer als Tumor in der Gesellschaft“ und der ehemalige niedersächsische Landtagsabgeordnete Thorsten Thümler äußerte Verständnis für die antisemitischen Ausfälle des damaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Hohmann. Während die Bevölkerung zu Recht aufgefordert wird, sich Rechten mutig in den Weg zu stellen, lässt die CDU die nötige Distanz vermissen.

Niedersachsen-Kombi – Wulff preschelte vor und wollte es bundesweit allen zeigen, dass er in Sachen Kombilohn die Nase vorn hat. Wie auch anderswo geht der Niedersachsen-Kombi aber an den eigentlichen Zielgruppen, den unter 25-Jährigen und den über 55-Jährigen weitgehend vorbei. Die Mitnahmeeffekte überwiegen, die Wirkung bleibt gering.

O **Öffentlicher-Personen-Nahverkehr (ÖPNV)** – Die Landesregierung enthielt sich im Bundesrat beim Deal Mehrwertsteuererhöhung gegen Kürzung der Regionalisierungsmittel. Während in anderen Ländern die Kürzungen vom Land ausgeglichen wurden, werden sie in Niedersachsen munter an die Aufgabenträger durchgereicht. Die Folge: Hier werden 48 Millionen Euro weniger für den Nahverkehr ausgegeben und es kommt überall zu Fahrpreiserhöhungen und Stre-



ckenstilllegungen. Eine Volksinitiative fordert mit Grüner Unterstützung die Landesregierung auf, die Kürzungen rückgängig zu machen.

Ökolandbau – Die Förderung für die ökologische Landwirtschaft ist von der Landesregierung erheblich gekürzt worden. Die Abschaffung der Umstellungsprämie verhindert, dass mehr Betriebe den Ökowergehen und damit vom Bioboom bei den Verbrauchern profitieren können.

OHE – Die Osthannoverschen Eisenbahnen werden von Finanzminister Möllring für ein „Butterbrot“ verkauft. Damit gibt das Land für eine kurzfristige Haushalts-Finanzspritze eine nachhaltige Gestaltungsmöglichkeit mit dem großen Bahn- und Busunternehmen zwischen Elbe und Weser auf.

P **Polizeireform** – Das ehrgeizige Projekt der Zentralisierung der Polizei durch die Landesregierung ist gescheitert. In einer Umfrage bei Polizeibeamten wurden die Herabstufung kleinerer Kommissariate zu Polizeistationen, die Zentralisierung der Kriminalitätssachbearbeitung und die Umstrukturierung der Polizeiservicedienste sehr kritisch gesehen. Aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger ist auch das Ziel der Landesregierung, mehr Polizei auf die Straße zu bekommen, nicht erreicht. Denn die Polizei vor Ort wurde eher geschwächt, weil in kleineren Ortschaften die Polizei kaum noch sichtbar ist. Das zusätzliche Personal ist falsch verteilt worden.



Schwarz/Gelbes Alphabet

Pferdemist – Wir können wenig – nicht mal Werbung. So könnte man in Anlehnung an die erfolgreiche Kampagne des Bundeslandes Baden-Württemberg den Versuch einer Imagekampagne der Landesregierung überschreiben. Viel Geld hat die Landesregierung ausgegeben für fünf langweilige Plakate, auf denen neben Pferdemist nicht viel zu sehen ist.

Prozesskostenhilfe – Eine Bundrats-Initiative aus Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen zielt auf eine stärkere Heranziehung sozial Schwächerer an den Prozesskosten ab, wenn sie ein Klageverfahren führen wollen/müssen und darauf angewiesen sind, einen Prozesskostenhilfeantrag bei Gericht zu stellen. Nach dem Justizgewährungsanspruch und dem Gleichheitsgrundsatz ist dies verfassungsrechtlich fragwürdig und hochgradig ungerecht.

Pakt für Ausbildung – Der Pakt für Ausbildung kann die Lehrstellenlücke nicht schließen. Tatsächlich nimmt die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze immer weiter ab. Der Wirtschaftsminister feiert zwar die Fortschreibung des Paktes, eine echte Zuwachsvereinbarung, das heißt neben dem Ausgleich der wegfallenden auch tatsächlich die Schaffung von zusätzlichen neuen Ausbildungsplätzen, wurde wieder nicht in die Vereinbarung aufgenommen.

Q **Qualm** – Nach dem Nichtraucherstutzgipfel der Gesundheitsminister ließ sich die Landesregierung ein Hintertürchen öffnen, um die unangenehme Frage des Nichtraucherschutzes in Gaststätten den Gastwirten selbst zu überlassen. Nachdem Niedersachsen kurz davor war, zur Raucherhochburg Deutschlands zu werden, gab es große Proteststürme, die auch die tabaknahe FDP zum Nachdenken brachte. Wulff geriet in den Verdacht, zum „Drogen-Wulff“ zu werden. Schließlich gab er seine Fehleinschätzung zu und sprach sich für einen stärkeren Gesundheitsschutz aus. Allerdings mit windelweichen Sanktionen für die Fälle, wo die Regelungen nicht eingehalten werden.

R **Raumordnung** – Vorausschauendes Planen findet bei der Landesregierung nicht wirklich statt. Geordnete Siedlungsstrukturen, sparsame Mittelverwendung, Verkehrsvermeidung, gesicherte Infrastruktur der Daseinsvorsorge interessieren Schwarz/Gelb nicht. Dafür sollen es aber mehr Autobahnen, größere Fluglärmszonen und Factory Outlet Centren auf der grünen Wiese geben.

Ruhestand – Den gönnen wir der Landesregierung. Die schickt aber lieber gesunde 50-jährige Beamte in Pension.

Rechtsextremismus – Rechtsextremistische Straftaten steigen beständig. Die Initiativen des Innenministers sind einseitig auf Beobachtung und Repression beschränkt. Dabei bräuchte Niedersachsen mehr Bildungs- und Aufklärungsprogramme und



extremismus und Gewalt, dass Aufklärung und Beratung für Schulen, Kommunen und Initiativen anbietet.

S **Schattenhaushalt** – Immer wieder hat der Finanzminister zusätzliche Kredite über die Hannoverische Beteiligungsgesellschaft und die Landes-treuhandstelle aufgenommen, um Landesaufgaben finanzieren zu können. Mit diesen Schattenhaushalten versucht Schwarz/Gelb das wahre Ausmaß der Verschuldung zu vertuschen.

Studiengebühren – Gegen breiten Protest hat die Landesregierung Studiengebühren in Niedersachsen durchgedrückt. Versprochen wurde ein besseres Betreuungsverhältnis zwischen Studierenden und Lehrenden. Tatsächlich werden die Studiengebühren eingesetzt, um die zuvor beschlossenen Kürzungen im Rahmen des sogenannten Hochschuloptimierungskonzeptes aufzufangen und werden nun unter anderem für Baumaßnahmen an den Unis eingesetzt.



Snow-Dome – Ski Heil in der Heide: mit 5,2 Millionen Euro beteiligt sich das Land Niedersachsen an einem Projekt, das wegen seines enormen Eingriffs ins Landschaftsbild und seiner völlig unzeitgemäßen Energieverschwendung einen Anachronismus im Tourismusbereich darstellt.

Strafvollzug – Das von Justizministerin Heister-Neumann vorgestellte niedersächsische Vollzugsgesetz ist ein massiver Rückschritt für die moderne Vollzugspolitik. Kritikwürdig ist vor allem die Mischung aus Erwachsenen-, Jugend- und Untersuchungshaftvollzug. Damit wird die Resozialisierung deutlich erschwert.

T **Telefonüberwachung** – Die nach ihrer Meinung größte Errungenschaft haben die schwarz-gelben Hüter der Sicherheit und Ordnung mit dem neuen Gesetz zur Sicherheit und Ordnung auf den Weg gebracht. Stolz waren sie darauf, als eine der ersten Länder zum Beispiel eine präventive Telefonüberwachung einzuführen, die es ermöglichen sollte ohne hinreichenden Verdacht die BürgerInnen auszuhorchen. Jäh kam der Absturz – das Bundesverfassungsgericht hielt diese Form der Überwachung für verfassungswidrig. Seitdem versucht der Hardliner Schünemann ein geändertes Gesetz auf den Weg zu bringen.



Tierschutz – Rechte von Tieren sind für die Landesregierung kein Thema. Ein Klagegerecht für anerkannte Tierschutzverbände bei Verstößen gegen den Tierschutz wird von ihr vehement abgelehnt.

Transrapid – Im parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Transrapidunfall wurden viele Mängel in der Betriebspraxis der niedersächsischen Versuchsanlage aufgedeckt. Der verantwortliche Minister Hirche und seine Landesverwaltung wollen von all dem nichts gemerkt und gewusst haben. Dabei gab es vor dem Unfall schon von verschiedenen Seiten, Hinweise dass die Aufsicht dort nicht gut organisiert war.

U

Überwachung – Die Überwachungsfantasien von Innenminister Schönemann und der schwarz-gelben Regierungskoalition sind weitgehend. Der Innenminister lässt kaum eine Möglichkeit aus, um das Überwachungsnetz enger zu spannen, sei es die Videoüberwachung, Pläne zur Online-Durchsuchung, allumfassende Telekommunikations-Überwachung, KFZ-Kennzeichen Erfassung, den Online-Zugriff der Polizei auf Passfotos und demnächst auch auf Fingerabdrücke.

Umweltverbände – Werden vom Umweltminister konsequent klein gehalten. Statt Bürgerschaftliches Engagement für den Umweltschutz zu unterstützen, kürzt er den Verbänden die Finanzmittel und beschneidet für sie das Klagerecht.

Unterrichtsversorgung – Vor der letzten Landtagswahl hat die Landesregierung noch eine Unterrichtsgarantie versprochen. Jetzt gelingt es seit Jahren nicht, eine im Durchschnitt 100-Prozent-Unterrichtsversorgung zu schaffen, obwohl sie die Maßzahlen dafür deutlich abgesenkt und die Klassenfrequenzen heraufgesetzt hat. Jetzt muss ihr eine Volksinitiative auf die Sprünge helfen.

Verbraucherschutz – Für Wirtschaftsminister Hirche ist wirksamer und unabhängiger Verbraucherschutz offensichtlich ein Wirtschaftshemmnis, das beseitigt werden muss. Seit Jahren kürzt er die Landesmittel für die Niedersächsische Verbraucherzentrale und zwingt die Verbraucherschützer damit, sich mit ihrem örtlichen Angebot im ländlichen Raum zurückzuziehen.

Verfassung – Die halbe Regierungsmannschaft unter Christian Wulff besteht aus Juristen. Trotzdem wird in Niedersachsen ständig die Verfassung gebrochen – vom Polizeigesetz, über Medienrecht bis hin zum Haushalt. Wieso soll sich der Bürger eigentlich noch an Recht und Gesetz halten, wenn die Regierung ständig Rechtsbruch betreibt?

V

Verschuldung – Am 24. März 2006 hat die Schuldenuhr im Landtag die 50-Milliarden-Grenze überschritten. Zu diesem Anlass sagte der Vorsitzende des Steuerzahlerbundes: „Man kann Ministerpräsident Wulff als den größten Schuldenmacher des Landes bezeichnen.“ In diesem Fall hat der Mann Recht!

Verwaltungsreform – Besonders belastend für die Bürgerinnen und Bürger ist die Abschaffung des Widerspruchsverfahren

in Verwaltungsangelegenheiten. Ist man mit der Entscheidung einer Behörde nicht einverstanden, muss jetzt in vielen Bereichen gleich Klage erhoben werden. Das hat nicht nur zu großer Verunsicherung, sondern auch zu einer Klagewelle bei den Gerichten geführt. Ansonsten macht sich der Eindruck breit, dass diese Reform nicht zu größerer Klarheit, zu besseren Dienstleistungen und zu schnellerer abgestimmter Kooperation im Hinblick auf das jeweilige Produkt geführt hat.

VW – Das Aufsichtsratsmitglied Wulff bewundert die neue Produktpalette von Volkswagen mit all ihren überflüssigen Luxusautos à la Bentley, und der Konzern macht Schlagzeilen mit Lustreisen. Kein Wunder, dass dabei die Entwicklung zukunftsfähiger, sparsamer Automobile auf der Strecke bleibt.

W

Warteschleife – 46,2 Prozent der neu in das System der beruflichen Bildung hineinwachsenden Jugendlichen müssen sich mit einem Platz in so genannten Warteschleifen begnügen. Für Schulabgänger mit Hauptschulabschluss führt der Weg in Niedersachsen zu 2/3 geradewegs in das Übergangssystem. Kaum 40 Prozent von ihnen finden selbst nach Durchlaufen mehrerer Warteschleifen eine reguläre Berufsausbildung oder Beschäftigung. Trauriger Negativrekord bundesweit.

Wiesen und Weiden – Gibt es in Niedersachsen eigentlich reichlich. Der Landwirtschaftsminister setzt aber auf Massentierhaltung und weitere Rationalisierungen. Niedersachsens Nutztiere bekommen die Weiden daher selten zu Gesicht.



Wertgutscheine – Sie sind eines von Schönemanns Mitteln zur Drangsalierung von Geduldeten Flüchtlingen. Sie sind nur gegen bestimmte Waren in bestimmten Läden eintauschbar und die Wechselgeldauszahlung wird teilweise von den Läden widerrechtlich abgelehnt.

Weser – Nach der Wende ist der Fluss endlich wieder halbwegs sauber geworden. Nun droht jedoch die Salzeinleitung der Kali und Salz in Nord-Hessen den Fluss wieder zu einem Salzfluss zu machen. Die Landesregierung schaut tatenlos zu.



XYZ

Y-Chromosom – Das Y-Chromosom ist in Niedersachsen

noch immer hilfreich, um Karriere zu machen. Fast 90 Prozent der höchsten Entscheidungsträger in der Verwaltung sind Männer, Frauen befinden sich weiterhin auf verlorenem Posten.

Zentrale Aufnahme- und Ausländerbehörde – Die ZAAB unterhält Außenstellen unter anderem in Bramsche-Hesepe und Blankenburg. Hier müssen Geduldete so lange wohnen bis sie sich zu einer freiwilligen Ausreise bereit erklären. Sie sind Schönemanns Instrument die Geduldeten „weichzukochen“, damit sie ausreisen. Die Menschen leben teilweise bis zu sechs Jahren in diesen Sammelunterkünften, obwohl sie nur ein Jahr bleiben sollten.

Zwangsheirat – Das Handlungskonzept Zwangsheirat der Landesregierung hilft den Betroffenen nicht. Ohne das fehlende eigenständige Aufenthaltsrecht für Frauen müssen die Frauen befürchten in ihr Herkunftsland abgeschoben zu werden, wenn sie sich von ihrem Mann trennen. Und dort sind sie immer wieder der Verfolgung durch die Familien ausgesetzt – bis hin zum sogenannten „Ehrenmord“. Niedersachsen hat sich auf Bundesebene für die Verlängerung der für ein eigenständiges Aufenthaltsrecht erforderlichen Mindestaufenthaltsdauer von zwei auf vier Jahre eingesetzt. Das ist genau das Gegenteil von einer humanen Regelung.